

NIEDERSCHRIFT

über die **15.** Sitzung
**des Planungs-, Klimaschutz und
Umweltausschusses**
(XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **20.02.2025**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2172)
Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung: 17:06 Uhr
Ende der Sitzung: 18:54 Uhr
Den Vorsitz führte: Hans Christian Markert

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Frau Sabina Kram
2. Frau Sandra Lohr
3. Herr Dr.-Ing. Michael Roemer Vertretung für Bertram Graf von Nesselrode
4. Herr Richard Streck
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Johann-Andreas Werhahn

• SPD-Fraktion

7. Frau Christina Borggräfe
8. Herr Horst Fischer
9. Frau Doris Hugo-Wisseemann
10. Herr Wolfgang Kaisers
11. Herr Hubert Noehlen Vertretung für Frau Sonja Kockartz-Müller
12. Herr Christian Stupp

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

13. Herr Detlef Harting
14. Frau Ute Leiermann Vertretung für Herrn Joachim Quass
15. Herr Hans Christian Markert
16. Herr Christoph Runge Vertretung für Frau Katharina Janetta
17. Frau Renate Steiner

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger	4
3.	Vorstellung "AltBauNeu" Vorlage: 61/5839/XVII/2025	4
4.	Sachstandsbericht Klimaschutzmanagement Vorlage: 61/5840/XVII/2025	4
5.	Zwischenbericht zu den Haushalts-Beschlüssen 2024 „Konzepte Flächenoptimierung und Desk-Sharing“ Vorlage: 65/5605/XVII/2025.....	7
6.	Investitionen und Planungen im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) am Entsorgungsstandort in Neuss-Grefrath Vorlage: 68/5813/XVII/2025	8
7.	Mitteilungen	10
7.1.	Sachstandsbericht zu hohen Grundwasserständen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 68/5851/XVII/2025	10
7.2.	Vergleich der Abfallgebühren	11
7.3.	Waldzustandsbericht	12
7.4.	Umweltbildung.....	12
8.	Anfragen	12
9.	Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle	13

Öffentlicher Teil:

1. **Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert stellt die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger

Protokoll:

Der sachkundige Bürger Christoph Runge (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und der sachkundige Bürger Arthur Rupprecht (AfD-Fraktion) wurden in der Sitzung verpflichtet.

3. Vorstellung "AltBauNeu"

Vorlage: 61/5839/XVII/2025

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert informiert, dass der TOP mit Informationen zum landesweiten Netzwerk „AltBauNeu“ erneut krankheitsbedingt ausfalle. Er erinnert daran, dass der Powerpoint- Vortrag zum Thema bereits mit der Niederschrift zur 14. Sitzung verschickt worden sei. Zum weiteren Prozedere gebe es nun folgende Alternativen: Entweder beziehe Frau Grothe die Kernaussagen des Projektes in ihren Vortrag zum Klimamanagement mit ein oder das Thema komme zum dritten Mal auf die Tagesordnung, wenn denn mehrheitlich gewünscht.

(Anmerkung der Schriftführung: Primär aus Lesbarkeitsgründen werden alle Powerpoint-Vorträge aus dem öffentlichen Teil der Tagesordnung auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss abgelegt, für alle zugänglich und frei verfügbar. Pfad: Verwaltung und Politik/ Politik und Wahlen/ Bürgerinfoportal/ Planungs- Klima- Umweltausschuss/ 20.02.2025)

4. Sachstandsbericht Klimaschutzmanagement

Vorlage: 61/5840/XVII/2025

Protokoll:

Frau Grothe informiert eingangs, dass sie ihren Vortrag, der ja bereits mit der Einladung versendet worden sei, mit aktuellen Zahlen und Fakten auf den neusten Stand gebracht habe. Sie berichtet zum Thema Umweltpreis. Gemeinsam mit engagierten Partnern soll der Umweltpreis in 2025 etwas breiter aufgestellt werden. So solle es zukünftig einen Jugend-, Jury- und einen Publikumspreis geben. **Frau Grothe** betont, dass der Umweltpreis Anfang April ausgeschrieben werden soll. Des Weiteren referiert sie über den Klimakoffer, der an weiterführende Schulen im Kreisgebiet ausgeliehen

werde. Insbesondere durch ein Anschreiben von Kreisdirektor Brügge an alle weiterführenden Schulen im Rhein-Kreis Neuss zu den Ausleihmodalitäten sei das Interesse am Klimakoffer nochmals sprunghaft angestiegen. Zur Förderung der Balkonkraftwerke liefert sie die aktuellen Zahlen: 858 Förderanträge seien bislang eingereicht worden, 84.000 € aus dem 100.000 € großen Fördertopf abgeflossen, 16.000 € stünden folglich noch zur Verfügung. **Frau Grothe** stellt heraus, dass eine Anschlussförderung mit weiteren Mitteln nicht vorgesehen sei. Sie informiert über die Leitziele der Klimakampagne: Ein Bewusstsein für den Klimawandel zu schaffen und die Menschen zum Handeln zu ermutigen.

Frau Grothe betont, dass der Kampagnenstart mit den Kommunen Neuss, Jüchen, Kaarst, Korschenbroich, Meerbusch und Rommerskirchen überaus erfolgreich gewesen sei. Schwerpunkte: Die Themen Energie und Wärme. Die kostenlosen Beratungsangebote über nachhaltige Heizungstechniken, energetische Sanierungen und Energieeinsparpotentiale seien sehr gut angenommen worden. **Frau Grothe** berichtet über die verschiedenen Beratungswege, die individuellen sowie Gruppen-Energieberatungen und über Haus zu Haus-Beratungen durch geschultes Personal der Energie-Agentur NRW. Sie verweist auf weitere Beratungsangebote. Die Bürger würden so umfassend informiert. Ab Frühjahr 2025 werde der Fokus dann zusätzlich auf die Solarenergie gelegt.

Frau Grothe berichtet über ein Starkregenseminar mit den Schwerpunkten „umweltbewusste Grundstücksentwässerung“ und „Abwasserentsorgung“, welches gemeinsam mit der Verbraucherzentrale NRW e. V. durchgeführt worden sei. Über 130 Personen haben teilgenommen. Dies stelle einen Rekord dar. Daher werde dieses Schwerpunktthema selbstverständlich weiterbearbeitet.

Frau Grothe informiert über den aktuellen Sachstand beim Klimaanpassungsmanagement. So soll zusätzlich zum vorliegenden Klimaschutzkonzept auch ein Konzept zu Möglichkeiten der Anpassung an die Klimafolgen erstellt werden (Klimafolgenanpassungskonzept). Auch dieses werde durch das Umweltbundesamt zu 80 % gefördert. Abschließend betont **Frau Grothe**, dass die Initiative des Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes NRW: „AltBauNeu“ mit in die Klimakampagne integriert werde. Schwerpunkte dabei: Gebäudedämmung und Einsatz erneuerbarer Energien bei der Sanierung älterer Gebäude.

Vorsitzender Herr Markert bedankt sich im Namen des Ausschusses für die von der Verwaltung geleistete Arbeit beim Klimaschutz. Er schlägt vor, dass Frau Grothe die Fragen von zwei Ausschussmitgliedern jeweils in einem Komplex beantworten solle.

Herr Woitzik erkundigt sich zu den Gründen für Antragsablehnungen und fragt, warum Dormagen bei diesem Projekt nicht mit dabei sei. **Frau Borggräfe** erkundigt sich zum Umweltpreis und zum Klimakoffer. **Frau Grothe** antwortet, dass es verschiedene Gründe für die Ablehnungen gegeben habe.

Zum Beispiel seien aufgrund rechtlicher Vorgaben zunächst nur 600 Watt-Anlagen gefördert worden, einige Antragsteller haben sich jedoch mit nichtgedrosselten 800 Wattanlagen angemeldet. Dieses sei jedoch inzwischen angepasst worden. **Frau Grothe** betont, dass praktisch als eine Unterstützungsmaßnahme alle abgelehnten Antragsteller nochmals kontaktiert worden seien. **Frau Grothe** sagt, dass Dormagen und Grevenbroich eine Teilnahme an der Klimakampagne abgelehnt haben, trotz Kostenfreiheit. Eine Konsequenz daraus: Energetische Einzelberatungen seien in diesen Kommunen nicht möglich. Allerdings können Interessierte aus diesen beiden Kommunen trotzdem bei den Gruppenberatungen teilnehmen. **Frau Grothe** gibt bekannt, dass

der Umweltpreis ab 2025 nur noch alle zwei Jahre vergeben werde. Zum Klimakoffer erklärt sie, dass interessierte Schulen einen Termin vereinbaren, den Koffer beim Rhein-Kreis Neuss abholen, ein detailliertes Handbuch erhalten und bei der Rückgabe über ihre Erfahrungen berichten, die bis dato durchweg sehr positiv seien.

Herr Wappenschmidt fragt, ob Dormagen und Grevenbroich weiterhin bei der Allianz für Klima und Nachhaltigkeit mit im Boot seien, fragt zur Gebietsauswahl für die Energieberatungen, zur Bekanntgabe von Terminen und ob es bei den Beratungen eine Erfolgskontrolle gebe. **Frau Hugo-Wisseman** erkundigt sich zu den Flyern und fragt, ob auch Real- und Hauptschulen den Klimakoffer ausleihen können und ob sich auch Bürger mit Wohnberechtigungsschein bei der Fördermaßnahme „Balkonkraftwerke“ gemeldet haben. **Frau Grothe** betont, dass weiterhin alle kreisangehörigen Kommunen in der Allianz für Klimaschutz vertreten seien. Grevenbroich verfüge zurzeit allerdings über keinen Klimaschutzbeauftragten. Dass Dormagen und Grevenbroich sich nicht an der Klimakampagne beteiligen, könne auch auf personelle Engpässe zurückgeführt werden. **Frau Grothe** informiert, dass die Stadtteile für die Energieberatungen gemeinsam mit den jeweiligen kommunalen Bauämtern ausgewählt worden seien, fokussiert auf Wohngebiete, wo die Sanierungsziele am ehesten zu erreichen seien. Faktoren wie Gebäudealter, Sanierungsstand und Eigentumsverhältnisse seien bei der Auswahl mit eingeflossen. Die verschiedenen Beratungs- und Informationstermine werden auf der Homepage des Kreises und im Rhein-Kreis Neuss Kalender veröffentlicht. **Frau Grothe** ergänzt, dass immer eine Erfolgskontrolle durchgeführt werde, also nachgefragt werde, ob eine Sanierung erfolgt bzw. weiterhin geplant sei. Die Informationsflyer können in Dormagen und Grevenbroich nicht zur Verfügung gestellt werden, da in den Kommunen, die mitmachen, immer das eigene Stadtlogo aufgedruckt sei. **Frau Grothe** führt aus, dass sämtliche weiterführenden Schulen sich in Sachen Klimakoffer bewerben können, natürlich auch Haupt- und Realschulen.

Frau Krings berichtet, dass bei den 858 Förderanträgen für ein Balkonkraftwerk ca. 15 Anträge von Personen mit Wohnberechtigungsschein dabei gewesen seien. **Frau Grothe** informiert, dass bislang nur ein Klimakoffer eingesetzt werde, dieser habe in der Anschaffung ca. 300 € gekostet.

Frau Leiermann zeigt sich enttäuscht, dass Dormagen nicht an der Klimakampagne mitmache und fragt, ob die Möglichkeit bestehe, noch nachträglich einzusteigen. Sie erkundigt sich, ob Infomaterial aus dem Projekt AltBauNeu für die Öffentlichkeitsarbeit in Dormagen zur Verfügung gestellt werden könne. **Herr Werhahn** betont, dass ein frühzeitiges Nachhaken bei Kommunen, die bei solchen sinnhaften Projekten nicht sofort mitmachen wollen, oft zum Erfolg führe. **Kreisdirektor Brügge** betont, dass für ein nachträgliches Einsteigen natürlich auch die finanziellen Auswirkungen geprüft werden müssen. Die vorhandenen Mittel seien natürlich für sechs Kommunen verplant worden und nicht auf acht. **Frau Grothe** stellt heraus, dass die Infomaterialien kurzfristig nicht nachbestellt werden können und dass die Beratungstermine auch längst alle terminiert seien. Die Klimakampagne ende Anfang Mai 2025, sodass eigentlich auch rein planerisch keine Zeit mehr für ein nachträgliches Einsteigen vorhanden sei. **Frau Grothe** sagt, dass alle Kommunen in NRW einen eigenen Zugang zum Portal AltBauNeu haben und somit auch eigenständig Infomaterial bestellen können. **Frau Borggräfe** fragt, ob in der nächsten Sitzung des Kreis-Umweltausschusses im Mai auch über die Ergebnisse aus dem angekündigten Controlling berichtet werden könne. **Frau Grothe** bejaht dieses.

Vorsitzender Herr Markert informiert im Nachgang zum TOP „Klimaschutzmanagement“, dass die Janusz-Korczak-Gesamtschule Neuss (JKG-Neuss), einer der Preisträger des letztjährigen Umweltschutzpreises des Rhein-Kreises Neuss, ihre nachhaltigen Schulprojekte gerne einmal vor Ort präsentieren wolle. In Abstimmung mit dem Landrat, dem Kreisdirektor und dem Umweltdezernenten solle daher die nächste Sitzung des Kreisumweltausschusses am 22. Mai 2025 in der JKG-Gesamtschule stattfinden. Weitere Details werden in der Einladung zur Sitzung bekannt gegeben.

Beschluss:

Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

5. Zwischenbericht zu den Haushalts-Beschlüssen 2024 „Konzepte Flächenoptimierung und Desk-Sharing“ Vorlage: 65/5605/XVII/2025

Protokoll:

Herr Vieten verweist auf die detaillierte Verwaltungsvorlage zum Thema „Flächenoptimierung und Desk-Sharing“. Er betont, dass es bei der Kreisverwaltung noch ein erhebliches Potential gebe, um in größerem Umfang Energie-, Betriebskosten und Finanzmittel in der Bauunterhaltung einzusparen, alleine durch Optimierung des Büroflächenbedarfs und neuer Arbeitsmodelle. **Herr Vieten** informiert, dass in einem nächsten Schritt eine Potentialanalyse zum Thema durchgeführt werde. Die Kreisverwaltung unterhält überwiegend eigene Gebäude und dies an verschiedenen Standorten. Daher sollen zunächst die derzeitigen Nutzungen und der aktuelle Büroflächenverbrauch untersucht werden. **Herr Vieten** betont, dass der Ausschuss nach Vorlage der Ergebnisse natürlich wieder zeitnah informiert werde, um dann die nachfolgenden Schritte zu diskutieren und ggfs. zu beschließen.

Frau Steiner fragt zum Stand der Digitalisierung bei der Kreisverwaltung, die ja notwendige Grundlage für ein Desk-Sharing sei. **Herr Vieten** informiert, dass bislang die

Hälfte aller Ämter mit elektronischen Akten arbeiten, der sogenannte E-Akte. Allerdings sei die Umstellung auf die E-Akte bei den Ämtern etwas komplizierter, die verschiedene und auch anspruchsvolle Fachverfahren einsetzen. **Herr Vieten** betont, dass trotz alledem geplant sei, die Digitalisierung in der Kreisverwaltung bis 2027 vollständig umzusetzen.

Frau Borggräfe fragt nach einer Übersicht, welche Ämter und Bereiche in der Kreisverwaltung bereits mit der E-Akte und auch im Rahmen von Desk Sharing arbeiten.

Herr Vieten sagt zu, eine entsprechende Auflistung der Niederschrift beizufügen. (*Anmerkung der Schriftführung: Diese Übersicht ist der Niederschrift als Anlage zu TOP 5 beigelegt.*)

Herr Vieten führt aus, dass z. B. Sitzungsräume, KFZ und Hardware für Besprechungen nur noch digital gebucht werden können. Er berichtet von sogenannten „Jedermann-Büros“, Räume die ämterunabhängig von den Mitarbeitern genutzt werden können, die z. B. zwischen den Standorten Neus und Grevenbroich pendeln.

Frau Leiermann erkundigt sich zum Datenschutz. **Herr Vieten** antwortet, dass der Datenschutz selbstverständlich eine große Rolle spiele. So könne sich natürlich ein Kollege vom Jugendamt nicht ein Büro mit einem Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes teilen.

Beschluss:

Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss nimmt den Zwischenbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Investitionen und Planungen im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) am Entsorgungsstandort in Neuss-Grefrath

Vorlage: 68/5813/XVII/2025

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert begrüßt die Vertreter des vom Kreis beauftragten Gutachterbüros pbo Ingenieurgesellschaft (**Herrn Wegkamp, Frau Brück und Herrn Amende**), die zum aktuellen Sachstand der Entwurfs- und Genehmigungsplanung im Bereich der Wertstoffsortier- und Abfallbehandlungsanlage (WSAA) informieren.

Herr Wegkamp erinnert eingangs über die bekannte Ausgangssituation in der WSAA und über den Handlungsbedarf. So müsse aus Sicherheitsgründen die Statik der Hallen inzwischen alljährlich überprüft werden. Er informiert über die Entwurfsplanung, über die Detaillierung bei der Bautechnik und die aktuelle Planung bei den Baumaßnahmen.

Herr Wegkamp stellt das Rückbaukonzept vor. So seien inzwischen die Hallen und die Einbauten auf Schadstoffverdachtsfälle voruntersucht worden. In der Bodenplatte,

im Dachbereich, in der Dämmung, in Farben und Fugen sowie in der Haustechnik seien mehr Schadstoffe gefunden worden als zunächst angenommen. **Herr Wegkamp** betont, dass Spezialisten aus dem Analytikbereich noch detaillierter untersuchen müssen, ob und wenn ja wo, wieviel Asbest, PAK, PCB und Schwermetalle vorhanden seien. Danach können belastbare Angaben zum geordneten Rückbau und zu den Entsorgungskosten gemacht werden. Er informiert über das Umbaukonzept. Hauptproblem dabei: Der Umbau müsse bei laufendem Betrieb erfolgen. Dafür sei ein aufwendiges, kleinschrittiges Vorgehen notwendig. Zum Beispiel muss der Umschlag des Restabfalls abschnittsweise zwischen der entkernten Maschinenhalle und der alten Anlieferhalle wechseln. Höchste Priorität habe dabei natürlich die Entsorgungssicherheit.

Herr Wegkamp fasst die Kostensituation zusammen. Nach Auswertung der Detailuntersuchungen liege die Kostensteigerung aktuell bei 11,5 %. Die Investitionskosten belaufen sich demnach auf zurzeit 26.800.000 Euro. Hauptgründe für die Kostensteigerung: Angepasste Planungen bei der Gebäudenutzung, bei der Umnutzung, in den Bereichen Rückbau und Sanierung sowie bei der Anlagentechnik. Nicht enthalten seien die Kosten für weiterführende Brandschutzmaßnahmen, die noch nicht abschließend mit Feuerwehr und Versicherung geklärt werden konnten. Unklar bis dato sei aber auch eine mögliche Bodensanierung aufgrund von PFAS-Belastungen aus vergangenen Brandereignissen. **Herr Wegkamp** ergänzt, dass z. B. Entwässerungsmaßnahmen und Asphaltierungen im Bereich der benachbarten Sekundärbrennstoffsortieranlage (SBS) ebenfalls nicht eingeflossen seien, da diese nicht direkt dem Projekt zuzuordnen seien. Er betont noch einmal, dass es sich bei den 26.800.000 € um einen aktuellen Kostenstand handle und nicht um eine Kostenprognose. Wohin sich in den nächsten Jahren die Kosten entwickeln werden kann belastbar zurzeit nicht kalkuliert werden.

Herr Wegkamp betont, dass in der Entwurfsplanung auch potentielle Kostensenkungspotentiale untersucht worden seien. Insbesondere könnten Synergieeffekte mit der SBS genutzt werden, eine gemeinsame Sprinkleranlage, Sozialräume, Wasserversorgung und die Abwasserbehandlung. Auch könnte die vorhandene Biofilterhalle zukünftig als Lager für Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) genutzt werden. Diese Überlegungen zum Kosteneinsparpotential seien aber noch nicht abgeschlossen.

Herr Wegkamp informiert, dass es im Projekt voraussichtlich zu einer anderthalbjährigen Verzögerung kommen werde, geschuldet hauptsächlich dem komplexen und schwierigen Umbau der WSAA bei laufendem Betrieb. Aber auch die schwierige Suche nach diversen Gutachtern, die Abstimmung zum Brandschutz und Frage nach der Wahl des richtigen Genehmigungsverfahrens haben mehr Zeit in Anspruch genommen als erwartet. Die eigentlichen Baumaßnahmen können aller Voraussicht nach in 2026 beginnen und enden dann in 2028.

Herr Wappenschmidt kritisiert die lange Bauphase. Eine Verkürzung sei hier dringend nötig. Auch bereiten ihm die Kostensteigerungen Sorgen, vor allem hinsichtlich der zurzeit noch nicht kalkulierbaren Bereiche. **Herr Wappenschmidt** erkundigt sich zur geplanten Technik. Er gehe nach wie vor davon aus, dass die angekündigte Modulbauweise insbesondere bei neuen gesetzlichen Vorgaben eine schnelle Anpassung ermöglichen werde. **Frau Leiermann** spricht die PFAS-Problematik in den Böden im Bereich der WSAA an. Eine notwendige Sanierung dieses Schadens, insbesondere um das Grundwasser zu schützen, habe natürlich nichts mit dem geplanten Umbau der WSAA

zu tun, wäre aber ggfs. ein Kostentreiber und könne auch zu weiteren Zeitverzögerungen führen.

Herr Wegkamp antwortet, dass er hinsichtlich des Zeitplans für die Bauphase keine Verkürzungsmöglichkeiten sehe. Selbst wenn man alles in einem Rutsch abreißen und eine freie Baufläche herstellen würde, dauere der Bau einer WSAA ca. 1 Jahr. Zu den Kosten sagt **Herr Wegkamp**, dass in der vorgestellten Kostenrechnung für Unwägbarkeiten immer noch ein Puffer in Höhe von 15 % der Gesamtkosten stecke. Daran möchte er aber nicht rütteln. Er ergänzt, dass die eingesetzte Technik ausgereizt sei und daher bahnbrechende Änderungen in der Zukunft nicht zu erwarten seien. Änderungen in der Steuerungstechnik, z. B. durch Einsatz von KI, seien unabhängig der Maschinenteknik später auch ohne große Umbaumaßnahmen möglich.

Frau Willner informiert zum PFAS-Schaden im Bereich der WSAA. Eine orientierende Untersuchung sei bereits durchgeführt, daran wird sich eine Gefährdungsabschätzung anschließen. Je nach Belastungshöhe werden geeignete Maßnahmen ergriffen. **Herr Werhahn** unterstützt dieses nachhaltige Modernisierungsprojekt in der Abfallwirtschaft des Rhein-Kreises Neuss nach wie vor uneingeschränkt.

Vorsitzender Herr Markert betont, dass die Kostenentwicklung selbstverständlich weiterhin intensiv begleitet werde.

Beschluss:

Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss nimmt den Bericht zum aktuellen Stand der Entwurfs- und Genehmigungsplanung zur Kenntnis.

7. Mitteilungen

7.1. Sachstandsbericht zu hohen Grundwasserständen im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 68/5851/XVII/2025

Protokoll:

In Ergänzung zur Vorlage informiert **Frau Willner** über das Gespräch mit dem Erftverband. Im Termin hat der Erftverband angeboten, sein Grundwassermodell fortzuschreiben und weitere Bereiche von Kaarst und Neuss einzubeziehen. In dieses aktualisierte Grundwassermodell könnten dann auch die Ergebnisse von Gebäudekatastern mit aufgenommen werden. Die Stadt Kaarst erhebt zurzeit solch ein Kataster. **Frau Willner** betont, dass die Neumodellierung die Basis für verschiedene Varianten weiterer Grundwasserkappungsmaßnahmen sein können. Aus fachlicher Sicht sei diese Vorgehensweise sehr zu begrüßen. **Frau Willner** stellt die wesentlichen Eckpunkte des Auswertebereichs des Wasserwirtschaftsjahres 2024 vor. 2024 war für die Wasserwirtschaft ein Jahr mit großen Herausforderungen. Die Brunnen in Korschenbroich seien erstmals seit Beginn der Kappungsmaßnahmen über längere Zeiträume in Betrieb gewesen. Der vollständige Bericht werde im März dieses Jahres durch den Erftverband vorgelegt. Bei Bedarf könne der Erftverband die wesentlichen Aussagen aus diesem Bericht auch hier im Ausschuss vorstellen.

Frau Hugo-Wissemann fragt, ob Kaarst und die nördlichen Bereiche von Neuss bergbaubedingt beeinflusst seien oder ob dort der aktuelle Grundwasseranstieg alleine auf die hohen Niederschläge zurückzuführen sei. **Frau Willner** bestätigt letzteres. **Frau Leiermann** fragt zum Begriff „Patchworklösung“. **Frau Willner** erklärt, dass dieser Begriff für ein Gesamtpaket von Maßnahmen stehe. Neben Grundwasserkappung gebe es weitere flankierende Maßnahmen, z. B. Arbeitskreisbildung, Ausschöpfung von Wasserrechten oder auch eine Bauberatung. **Herr Woitzik** fragt zum Grundwasseranstieg in Gohr. **Frau Willner** informiert, dass in Gohr der Einfluss der Grundwasserabsenkung durch den Braunkohlentagebau heute noch groß sei, die Aktivitäten in Gohr befinden sich deshalb nach wie vor in der Planungsphase. Er erkundigt sich zu einer Nordkanalentschlammung. **Frau Willner** sagt, dass der Erftverband bereits in den Jahren 2007 und 2008 festgestellt habe, dass eine Entschlammung sehr teuer und ein messbarer Einfluss nur unmittelbar am Kanal zu erwarten sei.

7.2. Vergleich der Abfallgebühren

Protokoll:

Herr Küpper informiert über die Abfallgebühren in den kreisangehörigen Kommunen. Ein direkter Vergleich sei nur schwerlich möglich, alleine schon wg. verschiedener Tonengrößen und Abfuhrhythmen. **Herr Küpper** ergänzt, dass der Niederschrift aber die jeweiligen Informationen aus den kreisangehörigen Kommunen zu den Entsorgungskosten beigelegt werde. *(Anmerkung der Schriftführung: Anlage zu TOP 7.2)*

Herr Küpper betont, dass Dormagen, Kaarst und Neuss NRW-weit mit die günstigsten Abfallgebühren haben.

7.3. Waldzustandsbericht

Protokoll:

Herr Küpper sagt zu, dass der bundesweite Waldzustandsbericht in der nächsten Ausschusssitzung präsentiert werde.

7.4. Umweltbildung

Protokoll:

Frau Willner informiert über die geleisteten Arbeiten aus dem Bereich der Umweltbildung. So seien in 2024 etliche Aktivitäten für Kinder aber auch für Familien angeboten worden: Exkursionen und Führungen entlang der Erft, im Wald und in die Kompostierungsanlage des Kreises. Zum Angebot habe auch der Bau von Wildbienenhotels in verschiedenen Kitas gehört. **Frau Willner** stellt die für 2025 geplanten Aktivitäten vor. Zum Beispiel werde der Erftverband für Oberstufen wasserwirtschaftliche Spezialseminare und auch Kanufahrten anbieten.

8. Anfragen

Protokoll:

Frau Steiner erkundigt sich zu den ökologischen Ausgleichsmaßnahmen und deren Finanzierung im Kreisgebiet. **Kreisdirektor Brügge** sagt zu, dieses Thema mit auf die nächste Tagesordnung zu nehmen, inklusive Informationen zu Ökopunkten, Ersatzgeldern und Verwendungszwecke.

9. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

Protokoll:

Zu dem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortbeiträge.

Vorsitzender Herr Markert erinnert noch einmal daran, dass die nächste Ausschusssitzung am 22. Mai in der Janusz-Korczak-Gesamtschule Neuss (JKG-Neuss) stattfinden werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Hans Christian Markert um 18:54 Uhr die Sitzung.



Hans Christian Markert
Vorsitz



Karl-Heinz Olk
Schriftführung